

Erklärung zur extremen Lage der Rechtsstaatlichkeit in Katalonien **Die Grundrechte der Bürger sind nicht verhandelbar**

Das Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht, das immer mehr nicht-nationalistische Bürger in Katalonien erleben, zwingt uns, tief über die gegenwärtige Situation der Rechtsstaatlichkeit in dieser Gemeinschaft nachzudenken und die Ursachen zu untersuchen, die uns hierher gebracht haben.

In jeder vollständigen Demokratie sind die öffentlichen Behörden die ersten, die verpflichtet sind, die Gesetze und Entscheidungen der Gerichte einzuhalten, ohne dass die Justiz auf Zwang zurückgreifen muss, um das Verurteilte durchzusetzen. Es ist nicht nur ein rechtlicher Imperativ, sondern auch und, vor allem, ein Imperativ der Vorbildlichkeit. Es kann nicht einmal einen Hauch von Rechtsstaatlichkeit geben, wenn es die Behörden selbst sind, die den Rechtsbruch und den Ungehorsam gegenüber gerichtlichen Entscheidungen fördern.

Die derzeitige territoriale Struktur Spaniens, eines der dezentralsten Staaten der Welt, erfordert für sein Funktionieren notwendigerweise die Loyalität der verschiedenen öffentlichen Mächte im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Die katalanische Regionalregierung agiert seit Jahrzehnten mit absoluter Illoyalität, die in den letzten Jahren zu offener Rebellion geführt hat. Es ist daher absolut notwendig, die Perspektive zurückzugewinnen und sich daran zu erinnern, dass verfassungsmäßige Zwangsmechanismen gängige Instrumente in jedem Rechtssystem sind und für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit selbst absolut notwendig sind.

Die Grundrechte der Bürger sind nicht verhandelbar und müssen dem Konzept der Volkssouveränität Grenzen setzen. In keinem Fall kann behauptet werden, dass die Verletzung von Grundrechten durch mögliche parlamentarische Mehrheiten geschützt ist; ganz zu schweigen von gefährlich populistischen Konzepten wie dem "Willen des Volkes".

Gegenwärtig befindet sich Katalonien in einer Grenzsituation, da die Missachtung und Rebellion des nationalistischen Regimes zu der klaren Aufgabe von Funktionen durch die spanische Regierung hinzugerechnet werden muss, die das Inkrafttreten autonomer Vorschriften ermöglicht, die offen gegen den geltenden Rechtsrahmen und die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen - wie diejenigen, die zu keinem anderen Zweck erlassen wurden, als die Umsetzung eines rechtskräftigen Gerichtsurteils zu verhindern - ohne die verfügbaren Mechanismen zur Verhinderung solcher Missbräuche zu aktivieren.

Auf diese Weise stellt die Regierung der Nation selbst nicht nur das Handeln der Gerichte in Frage und trägt zum Bankrott der verfassungsmäßigen Ordnung bei, sondern, was noch schwerwiegender ist, den Bürgern Kataloniens in einer Situation der praktischen Schutzlosigkeit zu überlassen, da wir den effektiven gerichtlichen Schutz unserer Grundrechte anstreben wollen.

Wenn wir dazu noch die Tatsache hinzufügen, dass seit dem Übergang zur Demokratie, aufeinanderfolgende nationale Regierungen Zugeständnisse gemacht haben, die gegenüber nationalistischen Parteien schwer zu rechtfertigen sind, mit keinem anderen Ziel, als an die Macht zu gelangen oder sich darin zu verewigen, teilen wir die Müdigkeit von immer mehr katalanischen Bürgern, die sehen wie ihre Rechte zu einem Druckmittel zur Erlangung parlamentarischer Mehrheiten werden.

Von der Societat Civil Catalana fordern wir seit Jahren die notwendige Neutralität der katalanischen Institutionen sowie der öffentlichen Medien und des Bildungssystems, die auf keinen Fall zu Werkzeugen der Indoktrination im Dienste der Macht werden können.

Wir fühlen uns verpflichtet, an die Bürger und politischen Parteien in Katalonien und in ganz Spanien zu appellieren, sich bewusst zu sein, dass das, was jetzt in Katalonien über die konkreten und legitimen Ideologien jedes einzelnen hinausgeht, die Existenz und das Überleben des Rechtsstaates selbst auf dem Spiel steht.